



„Ich habe beschlossen, so schnell wie möglich freie und rechtmäßige Wahlen auszurufen, um die Demokratie wiederherzustellen.“

Der spanischen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy

„Wir erklären Katalonien zum unabhängigen Staat in Form einer Republik.“

Resolution des katalanischen Parlaments, die in geheimer Abstimmung mit 70 Jastimmen gegen 10 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen angenommen wurde

PORTRÄT

Die letzten Stunden des Carles Puigdemont

VON RALPH SCHULZE

MADRID. Carles Puigdemont, 54-jähriger Ministerpräsident und Anführer der Unabhängigkeitsbewegung in der spanischen Region Katalonien, bereitet sich auf die schwierigsten und vermutlich letzten Stunden im Amt vor: Sein Haus in dem katalanischen Ort Sant Julià de Ramis ist verrammelt. Er lebt derzeit in der schwer bewachten offiziellen Residenz im Regierungspalast in der katalanischen Hauptstadt Barcelona um. Dort sitzt er auf gepackten Koffern. Puigdemont weiß, dass er vermutlich bald unfreiwillig auf die Reise gehen muss: Weil er demnächst wegen Ungehorsams, Rechtsbeugung und Rebellion gegen den spanischen Staat festgenommen werden könnte. Dieser Moment dürfte näher rücken, nachdem er sich weigerte, den gegen die e Verfassung verstoßenden Unabhängigkeitsprozess in Katalonien zu stoppen.



Carles Puigdemont APA/afp

Die spanische Regierung wird Puigdemont die nächsten Tage entmachten und seine Region vorübergehend unter die Kontrolle Madrids zu stellen. Am Freitag billigte der Senat, das Oberhaus des spanischen Parlaments, die von der Verfassung gedeckten Zwangsmaßnahmen gegen Puigdemont. Schon am heutigen Samstag könnte dem Rebellen dann

übermittelt werden, dass er wegen seiner fortgesetzten Rechtsbrüche mit sofortiger Wirkung abgesetzt ist.

Puigdemont scheint dies bisher nicht sonderlich zu beeindrucken. Statt einzulenken, gibt er bis zuletzt Durchhalteparolen aus: „Wenn wir uns treu bleiben, werden wir gewinnen“, rief er dieser Tage seinen Anhängern zu, die - nach dem letzten Wahlergebnis aus dem Jahre 2015 zu urteilen - knapp die Hälfte der 7,5 Millionen Katalanen ausmachen. Die katalanischen Bürger, sagte er, müssten sich entscheiden zwischen einem „freien Land“ oder dem, was Madrid wollte: „Ein unterwürdiges, eingeschüchtertes und erniedrigtes Katalonien.“ Puigdemont ist bereit, für seine Überzeugung hinter Gitter zu gehen.

Reaktionen auch aus Südtirol

BOZEN (aw). Die Südtiroler Unterstützer einer katalonischen Unabhängigkeit hatten das Votum des Regionalparlaments in Barcelona wohl vorausgesehen. Unmittelbar nach dem Parlamentsbeschluss meldeten sich die Süd-Tiroler Freiheit und die Südtiroler Freiheitlichen zu Wort. Die Süd-Tiroler Freiheit gratulierte „ihren Verbündeten in Katalonien“ und freuten sich

über das klare Abstimmungsergebnis der Abgeordneten. Auch Südtirols Freiheitliche sprachen umgehend von einem „historischen Schritt der Katalanen“ Der freiheitliche Obmann Andreas Leiter Reber zeigte sich über das Votum erfreut, die Entscheidung der Katalanen, ihre Zukunft selbst bestimmen zu wollen, sei voll zu unterstützen, hielt Leiter Reber fest.



Jubel in Barcelona: Demonstranten vor dem Regionalparlament nach der Abstimmung.

APA/afp/PAU BARRENA

Schwarzer Freitag in Spanien

KATALONIEN-KONFLIKT: Madrid greift gegen Separatisten durch – Am 21. Dezember gibt es Neuwahlen

MADRID (dpa). Nach dem Unabhängigkeitsbeschluss von Katalonien greift die spanische Zentralregierung gegen die Separatisten der Region schnell und hart durch. Ministerpräsident Mariano Rajoy kündigte am Freitagabend die Absetzung der gesamten Regionalregierung an. Bei einem Treffen des Ministerrats in Madrid seien zudem weitere Zwangsmaßnahmen gebilligt worden.

Dazu gehörten die sofort in Kraft getretene Auflösung des Parlaments in Barcelona sowie die Ausrufung von Neuwahlen am 21. Dezember, so Rajoy. Zuvor hatte der Senat grünes Licht für die Zwangsmaßnahmen gegeben. „Ich habe beschlossen, so schnell wie möglich freie, saubere und rechtmäßige Wahlen auszurufen, um die Demokratie wie-

derherzustellen. Wir wollten nie, dass es soweit kommt“, betonte der konservative Regierungschef. In den vergangenen Wochen habe in Katalonien der Unsinn gegen die Vernunft obsiegt.

Neben Regionalpräsident Carles Puigdemont und Vize Oriol Junqueras werden unter anderem alle Minister und der Direktor der katalanischen Polizeieinheit Mossos d'Esquadra, Pere Soler, ihrer Ämter enthoben. Zudem werden alle Botschaften zwangsgeschlossen, die die katalanische Regionalregierung im Laufe des Konflikts im Ausland geöffnet hatte.

Die Absetzungen werden heute (Samstag) nach der Veröffentlichung im Amtsblatt wirksam, teilte die spanische Regierung auf Anfrage mit. Katalonien soll die Zwangsmaßnahmen von Madrid aus regiert werden. Eine Reaktion der katalanischen Regierung gab es zunächst nicht.

Der Senat hatte wenige Stunden vorher mit großer Mehrheit

für eine Zwangsverwaltung der Region und andere Maßnahmen gestimmt. Unmittelbar zuvor hatten die Abgeordneten des Regionalparlaments in Barcelona für einen Prozess zur Loslösung von Spanien und zur Gründung eines unabhängigen Staates gestimmt, allerdings ohne einen Zeitplan festzulegen. Im Ausland stieß die Erklärung auf Ablehnung.

In Barcelona stimmten für die Annahme der Resolution vor allem die Abgeordneten von Puigdemonts Regierungsbündnis JxSí („Gemeinsam fürs Ja“) sowie der linksradikalen Partei CUP. Das Ergebnis lautete 72:10 bei 2 Enthaltungen. Die meisten Abgeordneten der Opposition hatten nach heftiger Debatte noch vor der Abstimmung den Saal verlassen. Die Abgeordneten standen nach Bekanntgabe des Abstimmungssieges von ihren Sitzen auf und sangen die katalanische Nationalhymne. Vor dem Parlament

versammelten sich nach Medienschätzung mehr als 15.000 Anhänger der Unabhängigkeitsbewegung. Die Demonstranten blieben bis Freitagabend auf den Straßen und feierten den Unabhängigkeitsbeschluss.

Nur wenige Minuten nach der Abstimmung in Barcelona hatte Rajoy die Katalanen zur Besonnenheit aufgerufen. „Ich bitte alle Spanier um Ruhe. Der Rechtsstaat wird die Legalität in Katalonien wieder herstellen“, twitterte er. Im Senat hatte Rajoy der Regierung in Barcelona zuvor Missachtung der Gesetze vorgeworfen.

Alle Rechte vorbehalten

Mehr Bilder auf www.dolomiten.it

Video auf stol.it

EUROPA-SPLITTER

Neuer Anlauf gegen Antiziganismus

GRUNDRECHTE: EU-Parlament einigt sich auf eine EntschlieÙung zum Schutz der Roma-Bevölkerung

STRASSBURG. Diese Woche hat das Plenum des Europäischen Parlaments den Bericht „über Grundrechtsaspekte bei der Integration der Roma in der EU: Bekämpfung des Antiziganismus“ angenommen. Der Bericht wurde von der Berichterstatterin Soraya Post vorangetrieben. Sie ist eine schwedische Politikerin, die selbst Roma-Wurzeln hat und sich seit 2014 diesem Thema im Parlament widmet. Unter Berufung auf den Europarat definiert der Bericht Antiziganismus als eine besondere Art von Rassismus, der sich aus historischer Diskriminierung nährt, und sich unter anderem in Gewalt, Hassreden, Ausbeutung, Stigmatisierung und eklatanter Diskriminierung gegen Roma äußert.



Roma werden in der EU noch immer ausgegrenzt und diskriminiert. APA

Der Bericht fordert, dass die Leugnung des Roma-Holocaust, Hassreden und Schuldzuschiebung durch Politiker und Beamte auf allen Ebenen und in allen Medien abgestellt und bestraft werden, da durch dieses Verhalten der Antiziganismus in der

Gesellschaft verstärkt wird. Der Bericht fordert zudem, nationale Wahrheitsfindungs- und Aussöhnungsausschüsse einzurichten und den Mitgliedstaaten nahezu legen, dafür zu sorgen, dass die Geschichte der Roma auf den Lehrplan der Schulen gesetzt wird. Ebenso sollten die Mitgliedstaaten, den Roma-Opfern des Holocaust gedenken und den 2. August zum Roma-Holocaust-Gedenktag ernennen, sowie Entschädigungen

zahlen. Weiters äußert der Bericht große Sorge darüber, dass viele Finanzierungsprogramme der EU die am stärksten Benachteiligten, vor allem die Roma, nicht erreichen. Auch die Staatenlosigkeit vieler Roma wird thematisiert. Sie führe dazu, dass diese Personen der Zugang zu Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsleistungen verweigert wird und sie so an den äußersten Rand der Gesellschaft gedrängt werden.

Der Bericht von Soraya Post hebt die besondere Diskriminierung von Roma-Frauen hervor. Etwa auch im Gesundheitssystem: In diesem Zusammenhang fordert er die Mitgliedstaaten auf, Zwangssterilisation zu verurteilen und eine Kompensation für Roma-Frauen bereitzustellen, die systemisch und mit staatlicher Unterstützung sterilisiert wurden. Angesprochen wird auch die Wohnsituation von Roma in segregierten Camps und Notfallunterkünften, die von Grundleistungen abgeschnitten sind. Die Errichtung von Mauern um Roma-Siedlungen wird ebenso angesprochen wie das Versäumnis der Behörden, die Roma mit Trinkwasser und einem Anschluss an die Kanalisation zu versorgen.

Die auf der Grundlage des Berichts nun angenommene Parlamentsentschließung ist zwar nicht juristisch bindend, sie enthält aber viele Anregungen wie die EU und die Mitgliedstaaten die gegenwärtige Lage verbessern sollen.

4 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



„Dolomiten“: Die problematische Menschenrechtssituation der Roma ist lange bekannt – die EU schreibt nur Berichte?

Gabriel N. Toggenburg: Nein! Seit 2011 gibt es einen so genannten EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma. Das heißt, dass alle Mitgliedstaaten gesonderte Strategien entwerfen und diese dann regelmäßig von der Kommission geprüft werden. Diese Integrationsmaßnahmen werden mit beachtlichen EU Finanzmitteln gefördert.

„D“: Mit welchem Erfolg?

Toggenburg: Das ist die weniger eindrucksvolle Seite. Die Situation der Roma bleibt sehr problematisch. Man sieht kaum bis keine Besserung. Die letzte Erhebung der EU Grundrechteagentur in 8 Mitgliedstaaten zeigt, dass 80 Pro-

zent der befragten Roma arbeitsgefährdet waren. 30 Prozent leben in Haushalten ohne fließendes Wasser und 46 Prozent haben keine Inntoilette. 30 Prozent der befragten Roma-Kinder leben in Haushalten, in denen jemand im vorigen Monat mindestens einmal hungrig schlafen ging.

„D“: Wie kann es sein, dass alle Bemühungen so erfolglos bleiben?

Toggenburg: Vielfach mangelt es an der Koordination und Kooperation zwischen nationaler, regionaler und insbesondere lokaler Ebene.

„D“: Was kann die EU dagegen machen?

Toggenburg: Das letzte Mittel ist ein Vertragsverletzungsverfahren. So geht die Kommission gegenwärtig gegen, die Slowakei, Tschechien und Ungarn vor, wo Roma-Kinder regelmäßig in Sonderschulen statt im allgemeinen Schulsystem zu landen scheinen.

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz.